Antrag-Nr. 14/82

öffentlich

Datum: 27.02.2015
Antragsteller: GRÜNE

Gesundheitsausschuss	**13.03.2015**	**empfehlender Beschluss**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**17.04.2015**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsausschuss	**22.04.2015**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsversammlung	**28.04.2015**	**empfehlender Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Unterstützung bei Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin aktiv für die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen einzusetzen. Über die Aktivitäten und Entwicklungen in den einzelnen Bereichen soll regelmäßig in den politischen Gremien berichtet werden.
Dazu sollen unter anderem folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Die LVR-Zentralverwaltung und die Eigenbetriebe sollen weiterhin aktiv auf die Kommunen zugehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen anbieten. Dazu gehört auch eine Beteiligung an Gesprächs- und Koordinationsrunden zur Flüchtlingsthematik, die in den Mitgliedskommunen eingerichtet werden.

2. Die LVR-Zentralverwaltung sowie die Eigenbetriebe sollen weiterhin Liegenschaften, die zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden, den Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen anbieten.

3. Der LVR als Mehrheitsgesellschafter der Rheinischen Beamtenbau soll aktiv darauf hinwirken, dass eine bestimmte Anzahl von Wohnungen der Gesellschaft für die Unterbringung von Flüchtlingen mit einer langfristigen Aufenthaltsperspektive zur Verfügung gestellt wird. Ein solches Angebot soll die Rheinische Beamtenbau den Kommunen, in denen sie über Wohnungsbestand verfügt, aktiv unterbreiten.

4. Für die quantitative und qualitative Intensivierung der Behandlungs- und Hilfsangebote an den LVR-Kliniken sollen die dafür notwendigen Finanzmittel im Doppelhaushalt 2015/2016 bereitgestellt werden. Dazu gehören, wie in der Antwort auf die Anfrage 14/4 dargestellt, die Einführung von kreativ-therapeutischen Angeboten für Flüchtlingskinder, aufsuchende Hilfen in Flüchtlingsunterkünften, psychotherapeutische Angebote in den Traumaambulanzen, die personenbezogene, therapiebegleitende Beratung und Koordinierung von medizinischen Behandlungen und psychosozialen Hilfen vor und nach einer psychiatrischen Behandlung sowie der verstärkte Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern. Solche Angebote sollen möglichst an allen LVR-Kliniken entwickelt werden, so dass der von der Verwaltung prognostizierte Aufwand in Höhe von 221.520 Euro ggfs. ausgeweitet werden muss.

5. Weiterhin soll sich der LVR aktiv im Kontakt mit dem Land und den Krankenkassen für die Einführung einer Versichertenkarte für alle Flüchtlinge („Bremer Modell"), die eine Abrechnung durch die Krankenkassen ermöglicht, einsetzen.

Begründung:
Diese Forderungen sind begründet durch die ausführliche Antwort der Verwaltung auf die Anfrage 14/4, die von den Fraktionen GRÜNE, FDP und Die Linke eingebracht wurde. Die Überlegungen und Aktivitäten der Verwaltung zur Entwicklung von Angeboten als Beitrag zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sind zu unterstützen. Ihre Umsetzung muss durch die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel ermöglicht werden.

Ralf Klemm